

FAZ
10/9/03

Die ganze Konvergenz

Von Rainer Hermann, Istanbul

Aktion
= über (Wahl)

Noch einmal will es der griechische Ministerpräsident Kostas Simitis wissen. Seit Dezember 1995 ist er im Amt, und seither liegt das Wachstum der griechischen Wirtschaft über dem Durchschnitt der Europäischen Union. Auch in diesem Jahr erreicht es wieder um 3,8 Prozent, bei gerade 1,2 Prozent in der restlichen EU. Auf eine beeindruckende Wachstumsbahn hat Simitis die griechische Wirtschaft gehoben, gleichzeitig hat er sein Land zielstrebig modernisiert.

Seinen größten Erfolg aber hat er gefeiert, als er Griechenland, zur Überraschung vieler, als Nachzügler doch noch in die Euro-Zone geführt hat. Mit Bravour hatte der uncharismatische Strategie alle Maastrichter Vorgaben abgearbeitet. Innerhalb eines Jahrzehnts drückte er das Haushaltsdefizit von 13,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf zuletzt 1,2 Prozent. Neue Spielräume haben ihm die rückläufigen Zinsen eröffnet. Vor zehn Jahren floß noch die Hälfte der griechischen Budgeteinnahmen in Zinszahlungen, im jüngsten Budget gerade ein Viertel.

Simitis ist länger im Amt als die meisten seiner Vorgänger in den vergangenen hundert Jahren. An einer weiteren Amtszeit reizt ihn, nun die ganze Konvergenz mit der EU zu erreichen. Noch liegt das Einkommen pro Kopf in Griechenland erst bei 80 Prozent des EU-Durchschnitts. Diesen Willen zur Konvergenz hat Simitis in seiner wirtschaftspolitischen Grundsatzrede verkündet, die er jetzt zur Eröffnung der Handelsmesse in Thessaloniki gehalten hat. Das ist seine „Agenda 2010“. Traditionell beendet die Rede des Ministerpräsidenten in Thessaloniki die griechischen Sommerferien, in diesem Jahr hat sie auch den Wahlkampf eingeläutet. Denn spätestens im nächsten Mai muß Griechenland ein neues Parlament wählen, und für die Pasok von Simitis sieht es nicht gut aus. In Meinungsumfragen liegt sie zwölf Prozentpunkte hinter der konservativen Nea Dimokratia des Oppositionsführers Kostas Karamanlis.

Gründe dafür gibt es viele: die Verdrossenheit über die Pasok, die, von einer kurzen Unterbrechung abgesehen, seit 1981 regiert; die Gewöhnung an den Erfolg von Simitis; vor allem aber der „Teuro“, der zum beherrschenden Gesprächsthema der Griechen geworden ist. Um das Steuer doch noch herumzureißen, hatte Simitis vor den Ferien zunächst die Regierung und dann den Vorstand der Pasok umgebildet. Gegen Ende der Ferien hat er soziale Wohltaten von 2,3 Milliarden Euro gezielt unter potentielle Pasok-Wähler gestreut, und schließlich hat er in Thessaloniki das Ziel für die kommenden vier Jahre ausgegeben. Dieses will er

genz überhastet erreichen zu wollen. Das sei der sicherste Weg für den Rückfall in alte Krisenzeiten. Wichtiger ist ihm ein steter Anstieg der Produktivität. Dazu soll nach seinem Willen – und hier setzt er sich von seinem konservativen Herausforderer Karamanlis ab – auch die Sozialpolitik beitragen.

Nur einmal wurde der Ministerpräsident und Wahlkämpfer in Thessaloniki konkret: als er versicherte, daß die öffentlichen Investitionen auch nach dem Ende der Olympischen Spiele, die im August 2004 in Athen stattfinden, nicht versiegen. Die Mittel, die jetzt in olympische Infrastrukturprojekte fließen, sollen dann der Peripherie Griechenlands zugute kommen. Zudem will Simitis nach einer Beilegung sämtlicher Konflikte mit der Türkei die Verteidigungsausgaben weiter senken. Diese Einsparungen würden kurzfristig den Spielraum für produktivitätsfördernde Ausgaben erweitern und mittelfristig das Austrocknen der EU-Subventionen kompensieren.

Diese Perspektiven tun zwar der Konjunktur gut, ein Konzept zur Lösung der strukturellen Probleme sind sie aber nicht. Denn um die Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft ist es trotz des blendenden Wachstums nicht gut bestellt. Der Fehlbetrag in der Leistungsbilanz beläuft sich, mit steigender Tendenz, schon auf sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts. In wenigen Industrieländern fällt er höher aus. Zudem liegt die griechische Inflationsrate beharrlich 1,5 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der Euro-Länder.

Noch hat Simitis zudem kein Wort darüber verloren, wie er nach seinen Erfolgen der vergangenen Jahre die wirklich heißen Eisen anpacken will: Überfällig ist die Ankündigung, daß Privatisierungen nicht nur den Finanzminister erfreuen sollen, sondern auch Märkte öffnen und liberalisieren. Bestenfalls in den Anfängen steckt die Liberalisierung des Arbeitsmarkts und der öffentlichen Versorgungsleistungen. Nicht länger aufgeschoben werden darf die Reform der Sozialversicherung, die unter der Last der alternen Bevölkerung ächzt.

Die Zeit drängt. Das tut sie auch bei den olympischen Projekten. Es scheint, als ob die Uhren in Griechenland nie gleichmäßig laufen: Zunächst ticken sie langsamer, dann immer schneller, so daß zum Schluß doch noch alles fertig wird. Auch die zeitlichen Rückstände bei den Olympiaprojekten werden aufgeholt, etwa bei der Grundsanierung des Olympiastadions. Ob Simitis dort am 13. August 2004 als neugewählter Ministerpräsident die Sommerspiele eröffnen wird, hängt

on auf das Prognos-Gutachten über die Wirkungen des Pflichtpflands will der Bundesrat die von Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne) vorgelegte Novelle der Verpackungsverordnung stoppen. Nach Informationen dieser Zeitung wollen die Wirtschafts- und der Umweltausschuß das Thema an diesem Donnerstag von der Tagesordnung nehmen. Entsprechende Antige liegen nicht nur von den unionsgeführten Ländern Bayern, Hessen, Niedersachsen und dem Saarland, sondern auch von Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg vor. Die Länder wollen zunächst die Ergebnisse der von Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement im Auftrag gegebenen Prognos-Studie auswerten. Nach der Studie dürfte das Pflichtpflicht bis Ende 2004 zu Umsatzeinbußen von bis zu 1,2 Milliarden Euro sowie zum Verlust von bis zu 9700 Stellen führen.

Aufgrund der Verzögerung kann die Novelle, der das Bundeskabinett und der Bundesrat schon zugestimmt haben, nicht mehr wie geplant am 26. September – kurz vor

Neuer Anlauf zu Pendlerregelung

mas. BERLIN, 9. September. Pendler können auf einen teilweisen Erhalt ihrer Steuerpauschale hoffen. Die Finanzpolitiker von SPD und Grünen haben Bundesfinanzminister Hans Eichel aufgefordert, ein neues Modell auszuarbeiten und durchzurechnen. Sie haben ihm drei Vorgaben gemacht auf den Weg gegeben. Erstens sollen alle Verkehrsträger gleich behandelt werden. Zweitens soll der Gesamthaushalt wie vorgesehen um 3 Milliarden Euro entlastet werden. Drittens soll die Lösung einfach sein. Eichel hatte vorgeschlagen, die Entfernungspauschale für Autofahrer für die ersten 20 Kilometer komplett zu streichen. Für jede darüber hinausgehenden Entfernungskilometer sollten 40 Cent angesetzt werden können. Als einfachste Regelung gilt eine einheitliche Pendlerpauschale unabhängig von der Entfernung zur Arbeit. Nach Angaben aus Koalitionskreisen müßte diese auf etwa 15 Cent sinken, wenn damit die Einsparsumme von 3 Milliarden Euro erreicht werden soll. Diese Lösung gilt momentan als wahrscheinlich. Aber nach wie vor wird auch erwogen, die Entfernungspauschale komplett zu streichen und dafür den Arbeitnehmerfreibetrag zu erhöhen.

Nur 2 Prozent sind arbeitslos

ami/clb. BERLIN/FRANKFURT, 9. September. Die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs über den Bereitschaftsdienst in Kliniken verschärft die Ärzteknappeheit in Deutschland. Wenn der Bereitschaftsdienst nunmehr in vollem Umfang als Arbeitszeit anerkannt werden muß, werden rein rechnerisch 15 000 bis 27 000 zusätzliche Mediziner benötigt, wie der Ärzteverband Marburger Bund und die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) errechnet haben. Die Kosten dafür veranschlagen sie auf eine bis 1,75 Milliarden Euro. Derzeit seien aber lediglich 6000 Ärzte auf Arbeitssuche, heißt es von der Zentralstelle für Arbeitsvermittlung (ZAV) der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg. Al-

sche Strategie alle Maastrichter Vorgaben abgearbeitet. Innerhalb eines Jahrzehnts drückte er das Haushaltsdefizit von 13,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf zuletzt 1,2 Prozent. Neue Spielräume haben ihm die rückläufigen Zinsen eröffnet. Vor zehn Jahren floß noch die Hälfte der griechischen Budgeteinnahmen in Zinszahlungen, im jüngsten Budget gerade ein Viertel.

Simitis ist länger im Amt als die meisten seiner Vorgänger in den vergangenen hundert Jahren. An einer weiteren Amtszeit reizt ihn, nun die ganze Konvergenz mit der EU zu erreichen. Noch liegt das Einkommen pro Kopf in Griechenland erst bei 80 Prozent des EU-Durchschnitts. Diesen Willen zur Konvergenz hat Simitis in seiner wirtschaftspolitischen Grundsatzrede verkündet, die er jetzt zur Eröffnung der Handelsmesse in Thessaloniki gehalten hat. Das ist seine „Agenda 2010“. Traditionell beendet die Rede des Ministerpräsidenten in Thessaloniki die griechischen Sommerferien, in diesem Jahr hat sie auch den Wahlkampf eingeläutet. Denn spätestens im nächsten Mai muß Griechenland ein neues Parlament wählen, und für die Pasok von Simitis sieht es nicht gut aus. In Meinungsumfragen liegt sie zwölf Prozentpunkte hinter der konservativen Nea Dimokratia des Oppositionsführers Kostas Karamanlis.

Gründe dafür gibt es viele: die Verdrossenheit über die Pasok, die, von einer kurzen Unterbrechung abgesehen, seit 1981 regiert; die Gewöhnung an den Erfolg von Simitis; vor allem aber der „Teuro“, der zum beherrschenden Gesprächsthema der Griechen geworden ist. Um das Steuer doch noch herumzureißen, hatte Simitis vor den Ferien zunächst die Regierung und dann den Vorstand der Pasok umgebildet. Gegen Ende der Ferien hat er soziale Wohltaten von 2,3 Milliarden Euro gezielt unter potentielle Pasok-Wähler gestreut, und schließlich hat er in Thessaloniki das Ziel für die kommenden vier Jahre ausgegeben. Dieses will er am heutigen Mittwoch in einer „Charta der Konvergenz“ präzisieren.

In ihr muß Simitis erheblich über das hinausgehen, was er in Thessaloniki gesagt hat. Denn das Erreichen der Konvergenz ist keine bloße Rechenaufgabe. Sie verlangt beherrzte Reformen. Diese hat Simitis in seiner Grundsatzrede nicht skizziert. Er blieb vage und warnte lediglich davor, die Konver-

chenlands zugute kommen. Zudem will Simitis nach einer Beilegung sämtlicher Konflikte mit der Türkei die Verteidigungsausgaben weiter senken. Diese Einsparungen würden kurzfristig den Spielraum für produktivitätsfördernde Ausgaben erweitern und mittelfristig das Austrocknen der EU-Subventionen kompensieren.

Diese Perspektiven tun zwar der Konjunktur gut, ein Konzept zur Lösung der strukturellen Probleme sind sie aber nicht. Denn um die Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft ist es trotz des blendenden Wachstums nicht gut bestellt. Der Fehlbetrag in der Leistungsbilanz beläuft sich, mit steigender Tendenz, schon auf sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts. In wenigen Industrieländern fällt er höher aus. Zudem liegt die griechische Inflationsrate beharrlich 1,5 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der Euro-Länder.

Noch hat Simitis zudem kein Wort darüber verloren, wie er nach seinen Erfolgen der vergangenen Jahre die wirklich heißen Eisen anpacken will; Überfällig ist die Ankündigung, daß Privatisierungen nicht nur den Finanzminister erfreuen sollen, sondern auch Märkte öffnen und liberalisieren. Bestenfalls in den Anfängen steckt die Liberalisierung des Arbeitsmarkts und der öffentlichen Versorgungsleistungen. Nicht länger aufgeschoben werden darf die Reform der Sozialversicherung, die unter der Last der alternierenden Bevölkerung ächzt.

Die Zeit drängt. Das tut sie auch bei den olympischen Projekten. Es scheint, als ob die Uhren in Griechenland nie gleichmäßig laufen; Zunächst ticken sie langsamer, dann immer schneller, so daß zum Schluß doch noch alles fertig wird. Auch die zeitlichen Rückstände bei den Olympiaprojekten werden aufgeholt, etwa bei der Grundsanierung des Olympiastadions. Ob Simitis dort am 13. August 2004 als neugewählter Ministerpräsident die Sommerspiele eröffnen wird, hängt auch davon ab, ob er nach seinem Marathonlauf genügend Energie für einen Sprint aufbringt, ob er also eine überzeugende Konvergenzpolitik vorlegt. Nur so könnte er seinen Rivalen Karamanlis noch abfangen. Der braucht sonst nur geduldig darauf zu warten, daß ihm die reife Frucht eines vorolympischen Wahlsiegs einfach in den Schoß fällt.

Neuer Anlauf zu Pendlerregelung

mas. BERLIN, 9. September. Pendler können auf einen teilweisen Erhalt ihrer Steuerpauschale hoffen. Die Finanzpolitiker von SPD und Grünen haben Bundesfinanzminister Hans Eichel aufgefordert, ein neues Modell auszuarbeiten und durchzurechnen. Sie haben ihm drei Vorgaben mit auf den Weg gegeben. Erstens sollen alle Verkehrsträger gleich behandelt werden. Zweitens soll der Gesamthaushalt wie vorgesehen um 3 Milliarden Euro entlastet werden. Drittens soll die Lösung einfach sein. Eichel hatte vorgeschlagen, die Entfernungspauschale für Autofahrer für die ersten 20 Kilometer komplett zu streichen. Für jeden darüber hinausgehenden Entfernungskilometer sollten 40 Cent angesetzt werden können. Als einfachste Regelung gilt eine einheitliche Pendlerpauschale unabhängig von der Entfernung zur Arbeit. Nach Angaben aus Koalitionskreisen müßte diese auf etwa 15 Cent sinken, wenn damit die Einsparsumme von 3 Milliarden Euro erreicht werden soll. Diese Lösung gilt momentan als wahrscheinlich. Aber nach wie vor wird auch erwogen, die Entfernungspauschale komplett zu streichen und dafür den Arbeitnehmerfreibetrag zu erhöhen.

Nur 2 Prozent sind arbeitslos / Na

ami/clb. BERLIN/FRANKFURT, 9. September. Die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs über den Bereitschaftsdienst in Kliniken verschärft die Ärzteknappeheit in Deutschland. Wenn der Bereitschaftsdienst nunmehr in vollem Umfang als Arbeitszeit anerkannt werden muß, werden rein rechnerisch 15 000 bis 27 000 zusätzliche Mediziner benötigt, wie der Ärzteverband Marburger Bund und die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) errechnet haben. Die Kosten dafür veranschlagen sie auf eine bis 1,75 Milliarden Euro. Derzeit seien aber lediglich 6000 Ärzte auf Arbeitssuche, heißt es von der Zentralstelle für Arbeitsvermittlung (ZAV) der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg. Allerdings dürfte der tatsächliche Zusatzbedarf an Medizinern geringer ausfallen, weil neue Arbeitszeitmodelle, erwartete Klinikschließungen und neue, integrierte Versorgungsformen Rationalisierungsmöglichkeiten bergen.

„Die Arbeitslosenquote unter Ärzten ist seit ein bis zwei Jahren auf einem historischen Tiefstand“, sagt ZAV-Arbeitsmarktfachmann Manfred Bausch. Insgesamt liegt die Quote bei gerade einmal 2 Prozent, unter den Fachärzten sogar bei weniger als ei-

on
de
Re
wie
mi
rat
tic
He
de
nis
Ur
mi
lisi
de
vo
de

ter
mi
(G
un
vir
St
wa
Re
un
Ph

ne
der
ger
der
ma
me
kar
set
der

Rec
nes
ren.
sich
ken
zahl
nac
Kra